

Stichpunkte zum EURATOM-Manifest:

- Ausgearbeitet unter Mitwirkung von **PD Dr. Lutz MEZ, FU Berlin (langjährige Schwerpunkte: Atom-, Klimaschutz- und Elektrizitätspolitik) und ex-MdB Hans Josef FELL.**
- **Weitere Erstunterstützer** bereits: Claus BIEGERT (Mitbegründer des Nuclear-Free Future Award, NFFA, München), Günter WIPPEL (langjähr. „Kopf“ des Uranium Network); Hans SCHUIERER (Vorstellung erübrigt sich...). – Wir würden uns freuen, den BUND-Präsidenten als weiteren Erstunterstützer/Proponenten zu gewinnen.
- **In ÖSTERREICH** sind wir in Sachen EURATOM ziemlich weit gekommen: Bewußtseinsbildung i.d. Bevölkerung; alle Oppositionsparteien für EURATOM-Austritt, zumindest als Verhandlungsmasse (um zumindest eine EURATOM-Revisionskonferenz eher zu erreichen). Bei den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP stehen wir aber bis zu einer eventuellen anderen Regierungskonstellation derzeit an.
- **In DEUTSCHLAND** ist die aktuelle Regierungskoalition ebensowenig für EURATOM-Kündigung /Revision aktiv. Dennoch ist D. das „Hoffungsgebiet“: es kann zurückgegriffen werden auf **EURATOM-kritische Initiativen „von oben“** (Rot und Grün im Bundestag, bes. dank SCHEER & FELL; Bundesratsbeschluß für EURATOM-Reform schon 1989, d.h. nach Tschernobyl, auf Initiative des Saarlandes/UmwMin Jo LEINEN; u.a.m.). -Und: Merkels **Ethik-Kommission** bezeichnet in ihrem Schlußdokument 2011 die **Kündigung des EURATOM-Vertrags als logische Folge des Atomausstiegs.**
- Es geht in DEUTSCHLAND jetzt v.a. darum, **„von unten“ Druck** zu machen, dafür zunächst **viel mehr öffentliches Bewußtsein** zu schaffen und zwar **zunächst in den Atomgegnerorganisationen selber.** Das „Manifest“ scheint uns ein geeignetes Instrument,
 - 1. Grundinformation zur Wirkung des EURATOM-Vertrages (bei Strahlenschutz, Atommüll, Reaktorforschung usw.) unter die Leute** zu tragen und einen gleichen Mindestwissensstand zu EURATOM zu schaffen.
 2. Um diesen Text herum kann sich zugleich ein **Bewußtsein von der EURATOM-Problematik kristallisieren** – von der sich die atomfreien und Ausstiegsländer der EU **nicht** abkoppeln können.
 - 3. Die bisher wenig koordinierten Anläufe von NGOs zu EURATOM lassen sich damit zusammenführen/bündeln.** Letztlich kann so eine kontinuierliche Beschäftigung mit dem Thema gelingen.
- **Der Zeitpunkt für breite Einsicht, welches enorme Gewicht das EURATOM-Papier als Grundlagenvertrag der EU weiterhin hat, ist aus traurigem Anlaß optimal: Die kürzliche Entscheidung der Kommission, Großbritannien die Subventionierung des AKW Hinkley Point C (HPC) zu bewilligen.** Ausdrücklich auch auf EURATOM gestützt, weil diese Subventionsbewilligung nur mit diesem Rechtsdokument aus 1957, hingegen mit keinem sonstigen EU-Recht (Wettbewerb usw.) gegen die anstehenden Klagen der Republik Österreich und von Firmen aus der Strombranche eine Chance hat.

Ganz zentral scheint mir folgender Umstand:

In „atomfreien“ und ausstiegsorientierten EU-Staaten wird aufgrund der eigenen Situation leicht übersehen, daß in den EU-Atomstaaten und zumal unter deren „Eliten“ längst nicht die Erneuerbare Energie, sondern immer noch die Atomenergie mehrheitlich als die Ablöse der fossilen Energiewirtschaft im 21. Jahrhundert gesehen wird.

Die Atomindustrie und diese „Eliten“ in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft versuchen um jeden Preis, die nukleare Stromerzeugung am Leben zu erhalten, bis mit den „Generation-IV“-Reaktoren, insbes. einer Neuauflage Schneller Brüter, sowie mit Fusionsreaktoren (ITERff.) vielleicht tatsächlich noch eine „Atomrenaissance“ herbeigeführt werden kann.

Nicht sehr wahrscheinlich, daß dies voll gelingt. Doch der fortgesetzte immense Aufwand dafür konterkariert und bremst die positive europäische Energiewende. EURATOM ist dafür der institutionelle Boden.